

## Schutz von Kindern und Jugendlichen vor COVID-19

# Impfung grundsätzlich möglich

Die Europäische Arzneimittelbehörde hat den Coronaimpfstoff von BioNTech/Pfizer auch für Kinder ab zwölf Jahren zugelassen. Verbunden mit einer eigenen Impfkampagne für Kinder und Jugendliche wird dies in Deutschland jedoch nicht sein, wie sich auf dem jüngsten Impfgipfel herausstellte.

Der COVID-19-Impfstoff Comirnaty von BioNTech/Pfizer ist als erstes Coronavakzin in der Europäischen Union (EU) auch für Kinder ab zwölf Jahren zugelassen. Die EU-Arzneimittelbehörde EMA gab am 28. Mai grünes Licht und leitete ihre Stellungnahme an die EU-Kommission weiter, durch die die Zulassung formal erfolgt. Comirnaty war bisher in der EU erst für Jugendliche ab dem vollendeten 16. Lebensjahr zugelassen.

Nachdem BioNTech/Pfizer am 30. April die Zulassung ab dem zwölften Lebensjahr beantragt hatte, analysierte der zuständige Ausschuss für Humanmedizin der EMA anhand von mittlerweile im *New England Journal of Medicine* publizierten Studiendaten die Vor- und Nachteile des Vakzins für die zwölf- bis 15-Jährigen. Er kam zu einem positiven Ergebnis: Der Impfstoff sei sicher und erziele eine Immunantwort, die ähnlich gut beziehungsweise sogar noch besser als bei jungen Erwachsenen sei, sagte Marco Cavaleri, Leiter der Abteilung Impfstrategie bei der EMA. „Die Studiendaten machen deutlich, dass der Impfstoff einen hohen Schutz gegen COVID-19 bietet“, sagte er vor der Presse. In der Untersuchung sei bei mehr als 1 000 geimpften Kindern und Jugendlichen kein COVID-19-Fall aufgetreten, in der etwa gleich großen, ungeimpften Kontrollgruppe seien es 16 gewesen. Nach der Impfung sei es zudem nur zu leichten Impfreaktionen gekommen, erläuterte Cavaleri. Die Sicherheit und Wirksamkeit müsse allerdings ständig während der laufenden Impfkampagne überwacht werden.

Mit der positiven Entscheidung der EMA sind Coronaimpfungen von Kindern ab zwölf Jahren jetzt hierzulande prinzipiell möglich –



Foto: picture alliance/ZUMA/PRESS.com/Paul Hennessy

**Impfungen bei Kindern:** In den USA und Kanada werden Kinder und Jugendliche ab zwölf Jahren bereits geimpft.

auch wenn die Ständige Impfkommission (STIKO) diese (bislang) nicht empfohlen hat. Sie hält die Datenlage mit lediglich 1 000 geimpften Kindern nur für bedingt aussagekräftig. „Unsere Stellungnahme beruht auf objektiven Erkenntnissen aus klinischen Studien“, sagte Fergus Sweeney, Leiter der Abteilung Klinische Studien bei der EMA. Diese würden an die Mitgliedstaaten weitergeleitet, die dann ihre eigene gesundheitspolitische Entscheidung über die Verteilung des Impfstoffs treffen müssten.

Bund und Länder hatten bereits einen Tag vor der EMA-Entscheidung festgelegt, dass Kinder ab

zwölf Jahren in Deutschland ab 7. Juni in Abstimmung mit den Eltern und behandelnden Ärzten gegen Corona geimpft werden können – sofern die EMA grünes Licht gibt.

Auf dem Impfgipfel der Bundesregierung gemeinsam mit den Ministerpräsidentinnen und -präsidenten wurde deutlich, dass es für den Start der Impfkampagne bei Kindern und Jugendlichen keine zusätzlichen Impfstoffdosen geben werde. „Aufgrund der begrenzten Verfügbarkeit von Impfstoffen bedeutet es nicht, dass bereits kurzfristig für diese Gruppe Termine verfügbar sind.“ Zudem sollen Kinder und Jugendliche sich „um einen Impfter-

min insbesondere bei den niedergelassenen Ärzten bemühen“, heißt es im Beschluss. Ab dem 7. Juni soll die bisherige Priorisierung fallen, dann können sich alle Menschen um einen Termin bemühen.

Irritationen hatte es vor dem Gipfel gegeben, ob zusätzliche Impfdosen bereitgestellt werden. So heißt es in einem Beschluss der Gesundheitsministerkonferenz der Länder (GMK) vom 6. Mai: „Die Länder, die durch ein Konzept sicherstellen, dass bis Ende August ein solches Impfangebot unterbreitet wird, erhalten vom Bund die hierfür erforderlichen Impfdosen für die Erst- und Zweitimpfung zusätzlich.“ Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) selbst erklärte wenige Tage vor dem Gipfel in einem Interview: „Weil für Jugendliche wegen der Zulassung nur ein bestimmter Impfstoff infrage kommt, müssen dafür genügend BioNTech-Dosen reserviert werden.“ Der Beschluss und die Interviewäußerung veranlassten einige Länder zum „reservieren“ von Impfdosen, offenbar

Merkel (CDU) klar, dass es keine zusätzlichen Impfstoffdosen geben werde. In Deutschland gibt es etwa 5,3 Millionen Menschen zwischen zwölf und 18 Jahren.

### Enttäuschung bei den Ländern

Bereits während des Gipfels griffen mehrere Ministerpräsidenten den Bundesgesundheitsminister für die Aussagen über zusätzliche Impfstoffe an, andere machten ihre Enttäuschung über die Ergebnisse des Gipfels im Anschluss deutlich: So erklärte Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), es gebe eine „Enttäuschung auf Länderseite“. Niedersachsen hatte bereits ein umfangreiches Konzept für flächendeckende Impfungen für Schüler ab zwölf Jahren vorgelegt, darin waren Aktionen in Schulen, kommunalen Gebäuden oder Impfzentren vorgesehen.

Auch aus Rheinland-Pfalz kommt Kritik: „Alle sind eigentlich davon ausgegangen, dass ‚zusätzlich‘ bedeutet, dass der Bund, der für die Zulieferung von Impfstoffen zuständig ist, zusätzliche Impfdosen zur Verfü-

de Impfung bekommen können. Auch der Gesundheitsminister in Nordrhein-Westfalen setzt auf Impfungen in Praxen und will „keine Impfstraßen“ in Schulen.

Kritik an den Erwartungen vor dem Gipfel kommt auch von Ärzteverbänden: „Das ist alles andere als ein gutes Erwartungsmanagement. Es werden Versprechen gemacht, die die niedergelassenen Kolleginnen und Kollegen mal wieder ausbaden müssen“, erklärte Dr. med. Andreas Gassen, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV). „Und mehr Impfstoffe gibt es nicht. Und abgezweigt werden soll aber auch nichts, verkündet die Politik. Wie soll diese Quadratur des Kreises funktionieren?“, fragt der stellvertretende KBV-Vorstandsvorsitzende Dr. med. Stephan Hofmeister.

Der Präsident der Bundesärztekammer, Dr. med. (I) Klaus Reinhardt, warnte vor dem Druck auf die Eltern, ihre Kinder nun auch impfen zu lassen. Die Datenlage sei derzeit noch unzureichend, so der BÄK-Prä-

### Diskussion um Impfkampagne in Deutschland:

Kanzlerin Angela Merkel mit dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Michael Müller, und dem Bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder.



Foto: picture alliance/opa/Reuters Pool/Anngel Hise

aus dem Kontingent, das eigentlich für die vertragsärztliche Versorgung vorgesehen war. Dies kritisierte vor allem die KV Hamburg im Vorfeld des Gipfels: „Wie wir erfahren haben, müssen die Praxen aus ihrem Kontingent nicht nur die Impfdosen für Kinder und Jugendliche sicherstellen, sondern auch die Impfungen für Betriebsärzte und Privatärzte“, so der Vorsitzende der KV Hamburg, Walter Plassmann, in einer Mitteilung.

Um die Interpretation des Wortes „zusätzlich“ wurde offenbar auch auf dem Impfgipfel gerungen – und am Ende stellte Kanzlerin Angela

Merkel klar, dass es keine zusätzlichen Impfdosen geben werde. In Deutschland gibt es etwa 5,3 Millionen Menschen zwischen zwölf und 18 Jahren. „Wir haben noch viele in der Warteschleife und solange wir auch die Priorität 3 im Terminpool haben, ist es schwierig zu suggerieren, dass drei bis fünf Millionen Jugendliche dazukommen, ohne dass es zusätzliche Impfdosen gibt.“

Hessen hatte dagegen kurz nach dem Gipfel bekannt gegeben, dass in den Impfzentren weiter Menschen nach Priorisierung geimpft werden sollen, Kinder und Jugendliche sollen in der vertragsärztlichen Versorgung in den Praxen von Kinder- und Jugendärzten eine entsprechen-

de Impfung bekommen können. Auch der Gesundheitsminister in Nordrhein-Westfalen setzt auf Impfungen in Praxen und will „keine Impfstraßen“ in Schulen. Teilnahme am Präsenzunterricht sollte nicht von der Impfung abhängig gemacht werden. „Dies wäre nichts anderes als eine Coronaimpfungspflicht durch die Hintertür.“ Kanzlerin Merkel sowie die Ministerpräsidenten betonten auf dem Gipfel, dass sie die Impfung nicht als Voraussetzung für einen Schulbesuch sehen.

Kurz vor dem Impfgipfel hatte das BMG darüber informiert, dass es in den kommenden vier Wochen zu einer Anpassung der Lieferpläne kommen werde, insgesamt aber die Lieferzusagen für das Quartal eingehalten würden. **Rebecca Beerheide,**

**Dr. med. Eva Richter-Kuhlmann**